

Blau licht

Nr. 57 - Dezember 2016

Das unabhängige Fachmagazin von Exekutivbeamten für die Exekutive in Österreich



AUF und FEG sind sich
Dieses Projekt dient nur der POLITIK, nicht der POLIZEI!

GEMEINSAM.SICHER

INHALT

03 VORWORT

des Bundessektionsvorsitzenden Reinhold Maier

07 COVERSTORY

Arbeitsplatz Streifenwagen von Franz Hartlieb

08 ICH BIN'S DER LAUSIGE POLIZIST

Didi Hebenstreit erzählt uns „Mehr als die Wahrheit“

10 WAFFENPASS Light

Franz Hartlieb über die sinnlose Kaliberbeschränkung

12 REFORM „MASS-NAHMENVOLLZUG“

ist keine Erfolgsgeschichte - behauptet Roman Söllner



13 WECHSEL IM ZA DER JUSTIZWACHE

Kehrt ein neuer Besen besser? von Roman Söllner

14 DENN SIE WISSEN NICHT WAS SIE TUN

Robert Neuwirth zum Thema „Vorrückungstichtag“

16 PERSONALNOT- STAND

Elisabeth Heiß über Frustration, Resignation, Ausgebranntheit

18 KARIKATUR

Kaliberbeschränkung von Michi Hendrich



21 FAHREN SIE ...

Robert Neuwirth sagt für die AUF/FEG „Danke“ für den tagtäglichen Einsatz

22 ANGRIFF AUF DEN RECHTSSTAAT

Franz Hartlieb über das Verhalten der „Reichsbürger“ und die (noch) fehlende Unterstützung durch den Staat

24 DIE WELTPOLIZEI UND IHRE HILFS-SHERIFFS

aus der Sicht von Robert Rathhammer



26 MENSCHEN(RECHTS) VERACHTENDE PERSONALPOLITIK?

fragt sich Robert Neuwirth

30 DIE EIERLEGENDE WOLLMILCHSAU

von Irene Eisenhut



33 ULRLAUBSERSATZ-LEISTUNG

AUF/FEG setzt sich durch

Impressum:

EIGENTÜMER, VERLEGER und HERAUSGEBER:

FREIE EXEKUTIV GEWERKSCHAFT (FEG) und AKTIONSGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER UND FREIHEITLICHER (AUF), beide Florianigasse 16/8, 1080 Wien

MEDIENINHABER: AUF Polizei, 1080 Wien, Florianigasse 16/8 (vertreten durch den Vorstand), Internet: www.auf.at, www.fgb.at, e-mail: auf-feg@gmx.at

REDAKTION:

Franz Hartlieb (0676-4471960), Dietmar Hebenstreit (0676-4623520), Reinhold Maier (0664-2171614)

AUTOREN (in alphabetischer Reihenfolge):

EISENHUT Isolda, HARTLIEB Franz, HEBENSTREIT Dietmar, HEISS Elisabeth, MAIER Reinhold, NEUWIRTH Robert, RATHAMMER Robert, SÖLLNER Roman

Die Zeitschrift „Blau.licht“ ist ein Fachmagazin und dient der Information der Exekutivbeamten in Österreich. Namentlich gezeichnete Beiträge und Kommentare müssen sich nicht mit der Redaktionsmeinung decken. DVR-Nummer: 0557617

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ein sehr ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende zu. Einmal mehr wurde uns unter anderem durch die **Zuteilungen** an die Grenze aufgezeigt, dass die österreichische Polizei über **keine Personalressourcen** verfügt: zeitweise Schließungen von Polizeidienststellen sowie **chronische Mehrbelastung** der verbleibenden Kollegenschaft waren die Folge.

Für uns hat dieser Umstand definitiv ein **gesundheitsgefährdetes Ausmaß** erreicht. Der Dienstgeber hat hier mehr als fahrlässig gehandelt und die Gesundheit der Kollegenschaft aufs Spiel gesetzt, lediglich um politischen Vorgaben zu entsprechen.

Personalnot trotz Aufnahmeoffensive



Es ist jetzt zwar sehr positiv zu erwähnen, dass es nun eine sogenannte **Aufnahmeoffensive** gibt – die Polizeischulen sind mit normalen Zweijahres- und Grenzkursen zum Bersten voll.

Nur eines muss in diesem Zusammenhang auch gesagt werden: Dass es leider zukünftig unter den jetzigen Voraussetzungen tatsächlich **nicht mehr** Polizisten geben wird, wie dies immer aus den Medien zu entnehmen ist sowie seitens des Dienstgebers präsentiert wird.

In den nächsten Jahren geht näm-



Reinhold MAIER
Bundesvorsitzender
der AUF - Sektion Polizei

lich ca. **1/3** des derzeitigen Dienststandes in Pension, d.h. die Aufnahmen werden langfristig nicht einmal den natürlichen Pensionsabgang abdecken können, auch nicht die KollegInnen der Grenzkurse, welche in 2-3 Jahren mit der Ergänzungsausbildung beginnen sollen.

Immer mehr Kündigungen

Eine weitere **alarmierende** Entwicklung innerhalb der Polizei ist, dass immer mehr KollegInnen be-

reits während der Ausbildung, aber auch im Aktivstand die **Kündigung** einreichen bzw. den Dienst bei der Polizei quittieren.

Alleine in Vorarlberg waren es aktuell **18 Austritte**. Die Frustration innerhalb der Kollegenschaft aufgrund fehlender Rahmenbedingungen sowie immer schlechter werdender Arbeitsbedingungen ist im Steigen begriffen und hat bereits einen noch nie da gewesenen Höchststand erreicht.

Wir brauchen einen Neuen Führungsstil

Diese alarmierenden Zahlen sollten das BMI eigentlich zu einem raschen Umdenken in deren Führungsstil bewegen, was wir jedoch bis dato sträflich vermisst haben.

Unsere Verantwortungsträger sollten bei der Lösung von Problemen mehr auf die Basis hören sowie bei diversen Entscheidungsfindungen Meinungen von Praxiskollegen miteinbeziehen.

Denn wie schon ein bekanntes und altbewährtes Sprichwort besagt: **Theorie und Praxis sind zwei verschiedene Paar Schuhe!**



GEMEINSAM.SICHER in Österreich

Das **Sicherheitsempfinden** der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren sehr zum negativen entwickelt, was einerseits mit unserem **fehlenden Personalstand** zu tun hat und wir somit ureigene Aufgaben nicht mehr erfüllen können, andererseits jedoch auch mit der gesellschaftlichen Entwicklung aufgrund des **Asylwahnsinns** und den daraus resultierenden Problemstellungen.

Aus diesem Grund war es der **politische Auftrag** ein Projekt ins Leben zu rufen, um das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung wieder zu stärken.

Seitens des BMI wurde unter den genannten politischen Vorgaben

das Projekt „GEMEINSAM SICHER“ kreiert.

Aus unserer Sicht ist dieses Projekt **vehement abzulehnen**, da es für die Polizei definitiv keinen Mehrwert hat.

Im Gegenteil, es wird die bis dato sehr gute Arbeit der KollegInnen, welche bisher die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit sowie Kontaktpflege mit der Gemeinde und der Bevölkerung inne hatten, in Frage gestellt.

Weiters verschlingt dieses Projekt Unmengen von Geld, welches wir definitiv besser nutzen und einsetzen könnten.

Diesbezüglich wird uns aber eine parlamentarische Anfrage sicher Aufschluss geben.

Dieses Projekt dient lediglich der Politik, nicht jedoch der Polizei.

Das BMI sollte sich wieder der tatsächlichen Kriminalitätsbekämpfung widmen und nicht mit sol-

chen Showprojekten der Öffentlichkeit falsche Tatsachen vorspielen und ein falsches Sicherheitsgefühl vortäuschen.

Mehr Sicherheit kann nur mit mehr Polizei-Personal garantiert werden, und nicht mit selbsternannten Sheriffs in der Bevölkerung sowie mit unwissenden Sicherheitsgemeinderäten!



Waffenpass für Polizisten

Das Thema „Waffenpass für Polizisten“ hat uns in letzter Zeit medial, aber auch emotional innerhalb der Polizei sehr beschäftigt.

Diese Forderung für die Ausstellung eines Waffenpasses für alle Polizisten basiert auf einen Antrag der **FPÖ** aus dem Jahre **2014**, welcher damals im Parlament noch mehrheitlich **abgelehnt** wurde.

Wir von der AUF haben in Zusammenarbeit mit der FPÖ dieses Thema jedoch nie aus den Augen verloren bzw. haben ständig in den verschiedensten Gremien auf die positive Umsetzung beharrt.

Aufgrund der tragischen Vorfälle gegen Polizisten in Frankreich ist nun auch die regierende Politik in Österreich und die selbst ernannte Polizeigewerkschaft auf das Thema aufmerksam geworden und aufgewacht.

Es scheint so, dass es noch im heurigen Jahr einen positiven Abschluss dieser Thematik geben könnte, jedoch mit derzeit geplanten **unverständlichen Einschränkungen**.



SPÖ verlangte Kaliberbeschränkung

Auf **Vorschlag der SPÖ** ist in der Regierungsvorlage eine Kaliberbeschränkung von **9 mm** eingefügt worden. Hier habe ich auch den Aufschrei der roten Personalvertreter von der **FSG** sträflich vermisst!

Politischer Gehorsam ist den Genossen der FSG anscheinend wichtiger als Verbesserungen für die Kollegenschaft.

Wir von der AUF und von der FEG haben fristgerecht unsere Stellungnahmen im Begutachtungsverfahren eingebracht; **und zwar fordern wir die Streichung der Kaliberbeschränkung und die Berücksichtigung der Justizwache in dieser neuen gesetzlichen Bestimmung.**

Man darf gespannt sein, wie sich die regierenden Politiker entscheiden werden.

Ballistische Schutzwesten/Gilets

Seit vielen Jahren fordert die AUF/FEG eine persönlich zugewiesene und leicht tragbare Schutzweste.

Erste Anträge wurden über Ersuchen der AUF von der FPÖ bereits **2012** im Nationalrat eingebracht, welche jedoch wiederum keine erforderlichen Mehrheiten im Parlament erreichen konnten.

Auch hier waren unter anderem die regierenden Parteien **SPÖVP** nachweislich **gegen** Verbesserungen bei der Polizei.

Ebenso wurden zahlreich eingebrachte AUF-Anträge an das BMI vom Dienstgeber mit **fadenschei-**



Symbolfoto

nigen Antworten, dass wir diese nicht benötigen würden, negativ bewertet.

Wir ließen uns jedoch auch hier von den zahlreichen negativen Antworten seitens der Politik, aber auch des BMI, von unserem eingeschlagenen Weg nicht abbringen.

Für uns war und ist es unabdingbar, dass es für jeden Kollegen im Außendienst eine persönlich zugewiesene Schutzweste/Gilet vom Dienstgeber geben muss.

Ballistisches Gilet?

Nun scheinen unsere zahlreichen Anträge sowie unsere Hartnäckigkeit endliche Wirkung zu zeigen.

Das BMI hat sich nun doch für den Ankauf **persönlich zugewiesener** Schutzausrüstung entschlossen.

Eine im BMI eingerichtete Expertenkommission hat sich für den Ankauf eines **ballistischen Gilets** ausgesprochen, da dieses wesentliche Vorteile gegenüber einer Schutzweste im Außendienst bringen soll.

Von Dezember 2016 bis Ende Februar 2017 werden drei unterschiedliche Gilets in Erprobung sein – nach einer durchgeführten Evaluierung soll anschließend das bestgeeignetste Gilet angekauft werden.

Uns wurde zugesichert, dass der Ankauf der persönlich zugewiesenen Gilets budgetiert und die Auslieferung Ende 2017 / Anfang 2018 abgeschlossen sei.

Wir werden euch diesbezüglich weiter auf dem Laufenden halten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Euer großer und vor allem wachsender Zuspruch in die AUF/FEG bestätigt uns in unserer Arbeit und zeigt uns, dass wir als **einzige kritische Personalvertreterfraktion** für euch am richtigen Weg sind.



Für euer entgegengebrachtes Vertrauen möchten wir uns AUF-richtig bei euch bedanken.

Wir werden auch weiterhin alles versuchen, um euren in uns gesetzten Anspruch gerecht zu werden. Ihr für uns – wir für euch.

Wir wünschen Euch und Euren Familien FROHE Weihnachten sowie ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2017.

euer Reinhold Maier

Tablet und Notebook-Tasche

für Tablet-PCs mit 10"
sowie iPad Pro 9.7 und iPad Air 2

Marke **COAL**

Material: echtes Leder und reine Wolle (Filz)

Farben: schwarz- hellgrau, braun-hellgrau

Haupttasche mit zwei Druckknöpfen verschließbar

2 Fronttaschen für Zubehör

Modernes, ansprechendes Design

wasserdicht, rutschfest, antibakteriell

Versandkosten: € 3,20



Sonderpreis
für die Polizei

€ 24,90

Seitens des Dienstgebers wurde gemeinsam mit der PV das Projekt **ODE** für alle Bundesländer diskutiert.

Es soll nach dem Vorbild von Wien und zur **Entlastung** der EE in jedem Bundesland eine ODE eingerichtet werden.

Die Personalstärke der ODE ist abhängig von der Personalstärke jeden Bundeslandes und wird prozentuell angepasst und umgesetzt.

Die Umsetzung dieses Erlasses, der am 6.9.2016 veröffentlicht wurde, soll im Laufe des Jahres 2017 Zug um Zug erfolgen, je nach vorhandenem Personal.

Es gibt hier keinen Umsetzungsdruck!

Seitens des Dienstgebers wird noch die **entsprechende Ausrüstung** angekauft. Auch deswegen gibt es keinen Umsetzungsdruck, denn ohne gute Ausrüstung hilft auch die beste ODE nichts!

ODE Erlass für Alle?

Und ein ganz wichtiger Punkt für die PV war, dass die zu schaffenden ODE – Einheiten auf der Basis von **FREIWILLIGKEIT** umgesetzt werden.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Erlasses gab es bereits Rückmeldungen, dass durch **übereifrige Kommandanten** in einzelnen Bundesländern mit **Zwangsrekrutierungen** vorgegangen wurde, um diesen Erlass mit Leben zu erfüllen!

Nach Rücksprache bei den Verantwortlichen des BMI wurde klar, dass der Parameter des Erlasses – die

FREIWILLIGKEIT

beim Personal – eingehalten wird bzw. einzuhalten ist.

Wir werden als Personalvertreter ganz genau auf die Umsetzung schauen und auch vehement auf die Einhaltung des Parameters **FREIWILLIGKEIT** pochen.

Abschließend sei allen **übereifrigen Kommandanten** gesagt:

Wenn in einem Erlass **Freiwilligkeit** als **Grundparameter** angeführt ist, dann soll diese **Freiwilligkeit** auch umgesetzt und gelebt werden.

Zwangsrekrutierungen von Kollegen sind strikt abzulehnen.

Eure Vertreter der AUF im ZA
Dietmar Hebenstreit
Reinhold Maier
Franz Hartlieb

COVERSTORY

Arbeitsplatz streifenwagen

Das Fuhrparkmanagement der Polizei hat uns seit der Umstellung vom Kauf auf Leasing sowohl **positive** als auch **negative** Folgen beschert.

Begrüßenswert sind die relativ **kurze Nutzungsdauer** und **moderne Fahrzeugmodelle**. Auf die Vorteile, die sich ausschließlich für die Dienstgeberseite ergeben, möchte ich an dieser Stelle nicht näher eingehen. Uns Personalvertreter hat in erster Linie die Frage zu interessieren, ob die Fahrzeuge und ihre Ausstattung dem entsprechen, was die Kollegen von einem Streifenwagen erwarten.

Im Bericht „Vom Fließband zum Streifenwagen“ in der „Öffentlichen Sicherheit aus dem Jahr 2013“ steht unter anderem wie folgt: *„Zur speziellen Innenausstattung eines Einsatzfahrzeuges gehören ein Funkgerät sowie ein Ladegutsicherungssystem. Ansonsten entspricht ein Polizeifahrzeug einem serienmäßigen Kraftfahrzeug.“*

Und da sind wir schon beim Problem:

Das kann und darf nicht alles sein, was ein Streifenwagen an Ausstattung zu bieten hat.

Daher wird sich die AUF/FEG in nächster Zeit bemühen, auch in diesem Bereich vom Dienstgeber **entsprechende Verbesserungen** einzufordern.

Hinsichtlich der Fahrzeugmodelle und der Ausstattung sehen wir insbesondere folgenden, **dringenden Bedarf**:

- ♦ **Allrad** für jeden Streifenwagen
- ♦ **Sicherheitsgurt-Verlängerung**
- ♦ **Videoanlage**

Diese zeichnet das Geschehen unmittelbar vor dem Streifenwagen auf. Bei Fahrzeugen der Autobahn-Polizeiinspektionen soll die Kamera ihren Focus auch nach hinten richten.

Diese Technik wirkt präventiv gegen Gewalt und dient damit in erster Linie als Eigensicherung.

- ♦ **GPS mit Navigationssystem**
- ♦ **Ladestation** und Halterung für Funkgerät und Mobiltelefon
- ♦ **Lifehammer**
- ♦ **Kevlarmatten** als leichten Schutz für die Vorder- und Hintertüren

- ♦ **Tablet-PC** für Ekis-Anfragen
- ♦ **Großes Pfefferspraygebinde**



Diese Forderungen erheben natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sollen aber einen ersten Schritt in Richtung zweckmäßiger und moderner Volllausstattung eines Streifenwagens darstellen.

Keinesfalls sollte aber für neu anzuschaffende Ausrüstungsgegenstände eine lange Erprobungsphase durchgeführt werden, denn andere (Nachbar-)Länder und Polizeieinheiten haben mit den vorgeschlagen Gegenständen bereits gute Erfahrungen gemacht, meint

euer Franz Hartlieb
Präsident der FEG

MEHR als nur die Wahrheit!

Ich möchte diesmal weder über die Arbeit der PV berichten, noch über die Versäumnisse der Regierung oder die offenen Probleme im täglichen Dienstbetrieb schreiben.

Ich möchte euch einen Artikel zur Kenntnis bringen, der vor vielen Jahren von einem, wie ich vermute, Kollegen, denn ich nicht kenne, verfasst wurde.

Ich bin mir sicher, dass der Verfasser dieses Artikels damals einen **guten Grund** gehabt hat, um diesen mehr als zutreffenden Artikel zu schreiben. Der Inhalt ist heute Aktueller denn je!

Gerade nach der schrecklichen und durch nichts zu rechtfertigenden Straftat eines jungen Polizeibeamten im Oktober kam es in der Presse untermischlich wieder zum Vorschein, dass quasi alle Polizisten



Dietmar Hebenstreit
Fraktionsvorsitzender im ZA

Wieder einmal griff die Sippenhaftung!

Wieder einmal griffen einige Journalisten in den Printmedien und im TV in die unterste Schublade.

Und natürlich drängten sich sofort die Fragen auf: Darf und soll man den Polizisten den Zugang zum Waffenpass erleichtern? Steigen dann nicht die Straftaten, wenn alle Polizisten auch privat eine Waffe tragen? Sind unsere Polizisten noch verlässlich oder laufen da lauter Rambos unkontrolliert durch die Straßen? Kann man der Polizei noch vertrauen?!

Und als mir ein Polizist, der mit Herz und Seele seinen Beruf ausübt, diesen Artikel zusandte, dachte ich mir:

„Jo genau, so schaut's aus“.

Ich bitte euch, den Artikel „Ich bin's ... der lausige Polizist“ auf der rechten Seite zu lesen, denn ich bin mir sicher, dass auch ihr zum gleichen Ergebnis kommen werdet.

Mandats-Wechsel in der Steiermark

Veränderungen prägen unsere Zeit. Auch bei der AUF – Personalvertretung im Bezirk Südoststeiermark hat es eine Veränderung gegeben.

Unser AUF-Mitglied und bisheriger Vertreter im Dienststellenausschuss, **Horst Großberger der PI St. Peter am**

Ottersbach, hat sein Mandat im DA Südoststeiermark mit Wirksamkeit vom 31.10.2016 aus privaten Gründen zurückgelegt.

Für seine Arbeit als Vorsitzender der AUF-Südoststeiermark und Mitglied des Dienstausschusses möchte sich die AUF Steiermark bei ihm für seine getätigte Arbeit AUF-richtig bedanken.

Die Arbeit der AUF im Bezirk SO wird natürlich auch weiterhin fortgeführt werden. Zukünftig wird diese Funktion im DA **Karl Lafer**, Mitarbeiter der PI Felzbach, neu besetzen und als Ansprechperson für alle dienstlichen Angelegenheiten fungieren.

Weiterer Wechsel

Ebenfalls hat es im DA Graz aufgrund der Versetzung des bisherigen Mandatars **Martin TRUPPE** von der PI Graz Plüddemanngasse zur PI Laßnitz-

höhe einen Mandatswechsel gegeben.

Die Funktion des Fraktionsvorsitzenden in Graz sowie des DA-StV wird ab sofort von **Rudolf LÖSCHER** der PI Graz Kärntnerstraße eingenommen.



Karl LAFER



Rudolf LÖSCHER

Ich bin's der lausige Polizist!

Nun, Herr Steuerzahler, ich glaube, sie haben mich identifiziert.

Ich werde grundsätzlich klassifiziert, eingruppiert, und bin immer typisch. Unglücklicherweise kann ich das von ihnen nicht behaupten, denn ich weiß nie, wer sie sind.

Von Geburt an lehren sie ihren Kindern, dass ich der Buhmann bin und sind dann schockiert, wenn ich mit meinem traditionellen Feind, dem Kriminellen, verglichen werde.

Ich werde beschuldigt, Jugendliche zu sanft anzufassen, bis ich einmal ihr Kind auflese.

Sie nehmen sich wahrscheinlich eine Stunde Mittagspause und etliche Kaffeepausen, beschuldigen mich aber der Faulheit, wenn ich mich einmal hinsetze.

Sie regen sich auf, wenn ihnen jemand im Verkehr den Weg abschneidet, aber wenn ich sie beim selben Verstoß erwicke, fühlen sie sich ungerecht behandelt.

Sie kennen alle Verkehrsregeln, haben aber noch nie einen Strafzettel erhalten, der gerechtfertigt war.



Sie beklagen sich, wenn ich mit Übergeschwindigkeit an einen Tatort fahre, beschweren sich aber, wenn es mehr als 10 Sekunden dauert, an ihren Tatort zu kommen.

Sie sehen es als Teil meiner Arbeit an, geschlagen zu werden. Schlage ich aber zurück, nennen sie es Polizeibrutalität.

Sie würden niemals daran denken, ihren Zahnarzt zu erklären, wie man einen Zahn zieht, oder ihrem Doktor zeigen wie ein Blinddarm operiert wird. Aber sie sind immer gerne bereit, mir ein paar rechtliche Tipps zu geben.

Sie reden zu mir in einer Weise, die ihnen in jeder anderen Lage eine blutige Nase einbringen würde, erwarten aber von mir, dass ich dies ohne Reaktion hinnehme.

Sie schreien: „Es muss etwas gegen die Kriminalität unternommen werden“, wollen aber nicht selbst einschreiten oder belästigt werden.

Sie haben absolut keine gute Meinung von mir, aber es ist natürlich vollkommen in Ordnung, wenn ich ihrer Frau helfe, einen Reifen wechseln oder ihr auf dem Weg ins Krankenhaus zur Entbindung helfe, ihrem Sohn mit Mund-zu-Mund-Beatmung das Leben rette oder Überstunden mache, um ihre entlaufene Tochter zu finden.

So, Herr Steuerzahler, da stehen sie auf Ihrem Podium und beschweren sich über die Art und Weise, wie ich meine Arbeit verrichte, geben mir alle möglichen Schimpfnamen, vergessen aber immer, dass ihr Eigentum, ihre Familie oder auch ihr Leben von mir oder meinen Kollegen abhängen könnte.

Jawohl, Herr Steuerzahler, ich bin's. Der lausige Polizist.

Ich bedanke mich beim Verfasser für die damals wie heute mehr als passenden Zeilen, denn ich bin mir sicher, dass er unseren Polizisten, die tagtäglich ihr Leben für die Bevölkerung riskieren, aus der Seele spricht, meint

euer Didi

Du hast das App noch nicht ? Einfach den entsprechenden QR Code Scannen, installieren und loslegen...





WAFFENPASS LIGHT

Die Vorgeschichte

Immer mehr Landesverwaltungsgerichte lehnten in den letzten Jahren Anträge von Polizisten und Justizwachebeamten auf Ausstellung eines Waffenpasses ab.

Die Behörden stellten unter anderem sinngemäß fest, „dass ein solcher Beamter nicht mehr gefährdet sei als jeder andere“ und „allein die Zugehörigkeit zu einem Wachkörper reiche nicht aus, um einen Bedarf zu begründen.“

WER, wenn nicht WIR können den Bedarf für das Tragen einer Faustfeuerwaffe außerhalb der Dienstzeit rechtfertigen!

Um diese unverständliche Haltung der Waffenbehörden zu Fall zu bringen, hat die FPÖ über Ersuchen der AUF/FEG bereits 2014 im Innenausschuss des Nationalrates folgenden Antrag für die Änderung des Waffengesetzes eingebracht:

„Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes ist auf Antrag ein Waffenpass auszustellen“.

Kurz, klar, unmissverständlich.

ABER:

Der Vorsitzende des Innenausschusses, **Otto PENDL** von der **SPÖ**, selbst **Justizwachebeamter**, sah sich offensichtlich gemüßigt, den Antrag über zwei Jahre zu **verschleppen** und erst dann zu behandeln, wenn es für seine Partei oder die Regierung politisch passend erscheint.

Es geht unverständlich weiter

Als sich die Regierung endlich einig wurde, das Waffengesetz so zu ändern, dass Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes **ohne Nachweis des Bedarfes** einen Waffenpass erhalten sollen, war es plötzlich wieder die **SPÖ**, die massive Einschränkungen forderte, nämlich die **Kaliberbeschränkung** auf 9 mm.

Artikel im Kurier vom 26.09.16:

„Die **SPÖ** möchte nicht, dass **haufenweise Pistoleros mit großkalibrigen Waffen herumlaufen und dann als Polizeibeamte aktiv werden.**“

Sehr geehrte **SPÖ**: Polizisten sind keine Pistoleros!



Immer wenn es darum geht, Verbesserungen für die Exekutive zu erreichen, kommt aus dem Umfeld der **regierenden** Parteien die wahre „Freundschaft“ zu unserer Berufsgruppe zum Vorschein.

Wie es der Bundesvorsitzende der AUF Polizei, Reinhold MAIER, bereits in seinem Vorwort erwähnte, ist der **politischer Gehorsam** den Genossen wichtiger als Verbesserungen für uns.

Anträge der AUF und FEG im Begutachtungsverfahren

AUF-Bundesvorsitzender **BR Werner HERBERT** und FEG-Präsident **Franz HARTLIEB** haben für die AUF und die FEG im Begutachtungsverfahren ausreichende Stellungnahmen zur beabsichtigten Änderung des Waffengesetzes abgegeben.

ÖGB ist dagegen!

Leider erfolgt in dieser Sache keine Unterstützung durch den ÖGB. Dieser gab in seiner Stellungnahme ua an: *„Wir sehen keine Notwendigkeit für Sonderregelungen für Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes ...*

ANTRAG 1:

Aufnahme der Organe der Justizwache in die Bestimmung d. § 22 Abs. 2

- Gerade Bedienstete der Justizwache haben in der Regel einen sehr intensiven und unmittelbaren persönlichen Kontakt zu **Straftätern**, die eine gewaltbereite und asoziale Persönlichkeitsstruktur aufweisen.

- Durch diesen direkten und unmittelbaren Kontakt der Justizwachebediensteten mit den Straftätern ist auch die Gefahr **persönlicher Racheakte** nicht nur allgegenwärtig sondern auch in hohem Ausmaß gegeben

- **Justizwachebeamte** erfüllen nach Ansicht der FEG die geforderten Voraussetzungen nach § 5 Abs. 2 Z. 4 SPG (Grundausbildung für den Exekutivdienst und zur Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt ermächtigt).

- **Nachdem** laut BMI den Organen der Justizwache angeblich regelmäßig Waffenpässe ausgestellt werden, scheint es mehr als plausibel, dass



Franz Hartlieb
Präsident der FEG

auch diese Organe im Sinne einer **Verwaltungsvereinfachung** ihre konkrete und qualifizierte Gefährdungslage nicht mehr im Einzelnen glaubhaft machen müssen.

Es wäre daher mehr als unverständlich, den Organen der Justizwache diese neue Bestimmung vorzuenthalten.

ANTRAG 2:

Ersatzlose Streichung der Kaliberbeschränkung im Absatz 2, Ziffer 2

Die Einschränkung auf Schusswaffen mit einem Kaliber von 9 mm oder darunter ist **sachlich nicht nachvollziehbar**.

Die Begründung des Gesetzgebers, dass es sich hierbei um eine **sachgerechte Einschränkung** handle, da Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes im Umgang mit Waffen und Munition dieser Größenordnung geschult und geübt sind, ist nach unserer Ansicht **unangemessen und entbehrlich**.

- **Unangemessen**, weil damit in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, dass Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes nur in der Lage sind, Waffen mit einem bestimmten, eingeschränkten Kaliber zu führen

- **Entbehrlich**, weil der Antragsteller

eines eingeschränkten Waffenpasses bereits Inhaber einer Waffenbesitzkarte und im Besitz einer großkalibrigen Waffe sein könnte, welche er dann nicht führen darf, obwohl er im Umgang mit dieser Waffe seit Jahren oder Jahrzehnten vertraut ist.

Der Antragsteller wäre dann gezwungen, eine weitere Waffe zu erwerben.

- **Trotz intensiver und laufender Aus- und Fortbildung** der Polizeibeamten wird eine Kaliberbeschränkung festgelegt, während Privatpersonen mit **geringerem Ausbildungsstand** das Führen von großkalibrigen Waffen ohne gesetzlicher Kaliberbeschränkungen erlaubt ist.

- **Bei gleichzeitigem Innehaben** eines Waffenpasses „Light“ und einer Waffenbesitzkarte ist der Besitz einer Faustfeuerwaffe des Kalibers 9 mm und einer Waffe größeren Kalibers gesetzlich möglich. Bei einer Verwendung der Waffe mit dem größeren Kaliber im Falle einer Notwehrsituation innerhalb der eigenen Wohnräume oder eingefriedeten Liegenschaft besteht aufgrund fehlender Judikatur die Gefahr einer **rechtlichen Unsicherheit**, ob durch die Verwendung des größeren Kalibers das gerechtfertigte Maß der Verteidigung überschritten würde oder diese offensichtlich unangemessen wäre.

Solcherart rechtliche Unsicherheiten könnten sich in Straf- und Verwaltungsverfahren für den Waffenbesitzer negativ auswirken.

Die vollinhaltlichen Stellungnahmen von AUF und FEG sind auf der Homepage des Parlaments nachzulesen (https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/ME/ME_00239/index.shtml).

Der endgültige Beschluss des Nationalrates stand bis Redaktionsschluss leider noch nicht fest.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Nichtberücksichtigung der Organe der Justizwache und die Kaliberbeschränkung zum Beschluss von **Nachfolgegesetzen** führen und damit die **Verwaltungsvereinfachung** konterkarieren wird, meint

Euer Fränz



Sind das die Absichten der SPÖ?



Zwei Jahre Reform "Maßnahmenvollzug" Keine Erfolgsgeschichte!

Nach dem Skandal von Stein, wonach ein Insasse nicht entsprechend (medizinisch) versorgt wurde, erarbeiteten ExpertInnen in diversen Arbeitsgruppen innovative Reformvorschläge für den Maßnahmenvollzug neu gem. § 21/2 StGB.

Umgesetzt wurden bisher folgende Neuerungen:

Die Insassen werden jetzt in eigenen Abteilungen angehalten, um das Trennungsgebot (Strafgefangene zu Untergebrachte) ausnahmslos zu erfüllen.

Die „skandalträchtige“ Abteilung in der JA Stein wurde mit Bauholz geteilt, um die Strafgefangenen von den Untergebrachten zu trennen. Hier sei anzumerken, dass der Weiterbestand der Abteilung mehr als fraglich ist, obwohl von Vollzugsinsidern diese unabdingbar scheint.

In den Justizanstalten Stein, Garsten und Karlau wurden jeweils interne, unabhängige Abteilungsleitungen inkl. Arbeitsteams - bestehend aus Justizwachebeamte und Betreuungsdienst - geschaffen, und zwar nach dem Vorbild der JA Stein.

Exekutivplanstellen mussten aber für den Maßnahmenvollzug neu teils intern von anderen Bereichen weggenommen werden.



REFORM

Was dabei besonders auffällig ist, dass in diesem neu geschaffenen Bereich die Stunden der Teilzeitbeschäftigten zur Gänze durch andere Mitarbeiter kompensiert werden!!! Diese Vorgabe ist zwar vorbildhaft, aber warum arbeitet man nicht in allen anderen Bereichen auch so?

Für eine Reform, an welcher über zwei Jahre gearbeitet wurde und welche durch den Herrn Bundesminister kürzlich medial sinngemäß als „der große Wurf“ angekündigt wurde, stellen sich die Ergebnisse mehr als dürftig dar.

Die Kosten für die Arbeitsgruppen dürften bisher wohl das einzig Herausragende gewesen sein. Eine sinnvolle Reformierung sieht für mich jedenfalls anders aus, meint

euer Roman Söllner

Personalvertreter der Justizwache
Vorsitzender-StV im Zentralausschuss

Ein neuer Besen kehrt vermutlich besser!

Wechsel des Vorsitzenden im Zentrallausschuss

Betrachtet man es politisch, so ist der scheidende Vorsitzende im Zentrallausschuss, Chefinsp Albin Simma von der Wählergruppe FCG/KdEÖ, in den letzten Monaten gehörig unter Druck geraten.

Ob mit dem Wechsel von Chefinsp Martin Schöpf an die Spitze im Zentrallausschuss auch ein Zusammenhang mit dem neuen Chef der GÖD, Norbert Schnedl, besteht, ist nicht belegbar.

Fakt ist: Es gibt genug offene Forderungen/Ankündigungen von der Personalvertretung im ZA, die aber schon so lange auf Entscheidungen warten, dass Teile der Belegschaft für die „regierenden Schwarzen“ kein Verständnis mehr zeigen und sich der Meinung/Forderung der Wählergruppe AUF/FEG anschließen.

Offene Themen sind z.B.: Sicherheitsbestimmungen für Terroristen im Strafvollzug, diverse Aufwertungsanträge für Planstellen an der Basis, E2a-Test für den

Herbst 2016, Uniformierungsvorschrift NEU, Bearbeitung der Veretzungsliste usw.

Auch die von der FCG/KdEÖ bereits im Wahlprogramm 2014 angekündigte endgültige Durchsetzung der Schwerarbeiterregelung für JWB lässt auf sich warten, sowie aktuell der Waffenpass.



Roman Söllner
Vorsitzender-StV
Zentrallausschuss Justizwache



Der von den Abgeordneten der FPÖ eingebrachte Entschließungsantrag (siehe im WWW: Schwerarbeiterregelung für Justizwache 837/A(E) aus dem Jahre 2014) wird anscheinend von ROT/SCHWARZ einfach (nur) belächelt und nicht und nicht bearbeitet.

Vielleicht tritt mit dem bloßen Wechsel von Personen - in der GÖD durch Herrn Schnedl und im Zentrallausschuss durch Herrn Schöpf - eine Besserung ein.

Sprichwörtlich kehrt ja ein neuer Besen besser oder die Hoffnung stirbt zuletzt,
meint
euer Roman



Ab sofort bei den Personalvertretern der AUF / FEG erhältlich: Taschenkalender und Miniplaner, Jahresplaner, Tischkalender



WER, wenn nicht WIR!

Denn sie wissen nicht, was sie tun!

Seit 2010 wurde unsere Kritik zur Besoldungsreform in Zusammenhang mit dem **Vorrückungstichtag** als lächerliche Panikmache einer Pseudogewerkschaft abgetan.

Trotzdem haben wir uns nicht beirren lassen und hartnäckig dafür gekämpft, dass die unionsrechtlich geforderte Anrechnung zusätzlicher Vordienstzeiten vor dem 18. Geburtstag "einstufungswirksam" durchgeführt wird.

Denn uns war klar, dass man Schiffbruch erleiden wird, wenn man glaubt, mit einer **kostenneutralen Gesetzesreparatur** sozusagen den Zugang zum Recht verbauen zu können.

Im September 2016 wurden wir nun zum x-ten Mal durch den Verwaltungsgerichtshof in dieser Ansicht bestätigt.

Sowohl Frau **Heinisch-Hosek** als auch Frau **Steßl** sind also mit ihren Reformen vor den Höchstgerichten wieder einmal zerschellt und kläglich untergegangen.

Wer aber jetzt glaubt, eine mittlerweile zuständige Frau **Duzdar** hätte daraus gelernt, irrt gewaltig.

Denn auch diese Dame hat bereits als zuständige Staatssekretärin im Bundeskanzleramt angekündigt, an der geübten Urteilsresistenz und Gerechtigkeitsabstinenz **festhalten** zu wollen. So gesehen geben diese Damen dem Wort "**Dilet-Tanten**" wohl eine völlige neue Bedeutung.

Anstatt neuerlich das ohnehin schon unendlich kompliziert gewordene Gehaltsgesetz durch weitere Zusatzbestimmungen sozusagen wasserdicht machen zu wollen, wäre es jetzt höchst an der Zeit für reumütige Einsicht und den geforderten Weitblick.

Für einen normalen und gesetzes-treuen Staatsbürger stellt sich nämlich schon langsam die Frage, **ob den Verantwortlichen in dieser Sache überhaupt noch bewusst ist, was sie da tun** und was sie vor allem dem Rechtsstaat Österreich damit antun. Wenn man schon mit Blindheit in der Sache geschlagen ist, sollte man wenigstens nicht einfach weiter drauf los marschieren.



Wenn man nicht in der Lage ist, die Folgen seiner zu erkennen, sollte man lieber den Rat der "Seher" annehmen und schleunigst die Richtung ändern!



Gesetze sind nicht dazu da, damit den Zugang zum Recht zu verbauen. Wer das glaubt, wird in einem funktionierenden Rechtsstaat Schiffbruch erleiden!

Für die **AUF/FEG** wäre der nächste Schritt, den es hier zu setzen gilt, jedenfalls sonnenklar.

Ein moderner öffentlicher Dienst braucht auch ein **modernes Besoldungsrecht**, welches erworbene Qualifikationen und berufliche Erfahrung entsprechend würdigt. Für den Bereich der Polizei, die ja im Idealfall ein Spiegelbild der Gesellschaft zu sein hat, bedeutet das letztlich eine **uneingeschränkte Anerkennung** all dieser Zeiten, um auch den gewünschten Wechsel aus der Privatwirtschaft zu attraktivieren.

Jemanden seine gesamte berufliche Erfahrung und erworbenen Qualifikationen aus dem Lebenslauf zu streichen, nur um billige Bedienstete zu haben, ist nicht die Art von Wertschätzung, die wir uns vorstellen.

Doch damit noch nicht genug, wird speziell die Polizei mit einer unglaublichen Geringschätzung aus dem Bundeskanzleramt gestraft.

Just von jener Stelle im Bundeskanzleramt, die für den Mega-Murks namens "Bundesbesoldungsreform" mitverantwortlich zeichnet, wurde nämlich unser gesamter Berufsstand verunglimpft.

In einem öffentlichen Beitrag in der Presse stellte Mag. Treitinger - zuständig für Besoldungsangelegenheiten und Dienstrecht im Bundeskanzleramt - auf skandalöse Weise fest, dass die Polizistinnen und Polizisten in Österreich offenbar nichts anderes gelernt haben, als im Ernstfall planlos drauflos zu dreschen.

Diese Aussage allein wäre nun schon traurig genug. Noch trauriger ist aber die Tatsache, dass der zuständige Bundeskanzler keine Veranlassung sah, diese aus seinem Haus kommende Pauschal diffamierung der Polizistinnen und Polizisten dieses Landes zurückzuweisen oder den Herrn Treitinger dafür gar zur Verantwortung zu ziehen.

Somit zeichnen solche "Experten" a la Mag. Treitinger, die eine regelrechte **Verachtung für die Exekutive** in sich tragen, weiter für ein Dienst- und Besoldungsrecht verantwortlich, das von einer minimalen Wertschätzung für unseren Berufsstand geprägt ist.

Dabei wäre es in Zeiten wie diesen höchst an der Zeit, dass uns Vater Staat den Stellenwert zuerkennt, der uns gebührt.

Ein angemessenes Grundgehalt, das auch ohne Zulagen unserem Berufsprofil gerecht wird und somit auch dazu beiträgt, dass es trotz aller Wid-



Robert Neuwirth
Vorstandsmitglied der
Freien Exekutiv Gewerkschaft

rigkeiten ausreichend qualifizierte Bewerbungen für unseren Job gibt, ist da das Gebot der Stunde.

Das Anfangsgehalt eines Polizisten nach zweijähriger Ausbildung in Höhe von € 1.675.- ist im Hinblick auf das Mindestgehalt für einen Arbeitnehmer ohne Zweckausbildung im Metallgewerbe in Höhe von € 1.725.- Anlass zu sofortigem Handeln.

Doch solange ein Banken und Pleitestaaten rettender Finanzminister Schelling nur lapidar feststellt, dass es trotz anders lautender Gerichtsurteile sicher kein zusätzliches Geld für uns geben wird, bleibt wohl nur die christliche Gabe der Vergebung, denn sie wissen augenscheinlich noch immer nicht, was sie tun.

Euer Robert Neuwirth



Manche Vertreter des Dienstgebers sehen in uns eine schlecht ausgebildete Horde von Prügel-polizisten, die daher unter dem Niveau eines ungebildeten Hilfsarbeiters zu entlohnen sind!

+ GOOD NEWS ++ GOOD NEWS ++ GOOD NEWS ++ GOOD NEWS +

VORRÜCKUNGSTICHTAG UPDATE: Zahlreiche Mitglieder der AUF/FEG und sogar einige GÖD-Mitglieder, die unserem Aufruf zu einer Antragstellung und Beschwerdeführung gefolgt sind, haben nun bereits ein positives Urteil des Bundesverwaltungsgerichts erhalten. Wenigstens sie haben nun sehr gute Aussichten, dass sie doch noch rechtskonform eingestuft werden (bis zu drei Jahre Gewinn) und auch eine entsprechende Nachzahlung erhalten (mehrere tausend Euro).



Personal-NOTSTAND

**Frustration! Resignation!
Ausgebrannt!**

Das sehe ich am erschöpften Gesichtsausdruck und teilweise leeren müden Augen vieler Kolleginnen und Kollegen wenn ich Dienststellenbesuche mache. Hilfesuchend fragen mich viele von euch warum niemand etwas tut. Jeder weiß, dass die meisten Dienststellen **unterbesetzt** sind und wenn nur ein paar auf Urlaub gehen, muss der Rest der Mannschaft **viele Überstunden** leisten, um den Dienstbetrieb einigermaßen aufrecht erhalten zu können.

Von den Dauerzuteilungen, Dauerkrankenständen und Kolleginnen/Kollegen die auf Karenz sind, mal abgesehen. In manchen Fällen ist es bekannt, dennoch wird keine Ausschreibung veranlasst.

Warum nicht?

Wie lange geht das gut, bis sich diese Art von Stress auf die Gesundheit auswirken wird?

Ja - es ist schon seit Jahren bekannt und wird immer wieder von den Gewerkschaften aller Fraktionen angeprangert. Offensichtlich will man uns beweisen, dass die Gewerkschaft nichts zu sagen hat.

Wie auch bei den **Besetzungen** vieler Posten. Da wird auch immer über unsere Köpfe hinweg entschieden, so getan, als ob unsere Meinung wichtig und relevant sei, und letztendlich zählt allein die Entscheidung des Dienstgebers. Ein **Dankeschön** an diejenigen, die das entscheiden.

Oder ist das Ganze so gewollt, um junge und dadurch leicht beeinflussbare Vorgesetzte vor den alteingesessenen Kolleginnen/Kollegen zu stellen (welche sich nicht alles gefallen lassen und vieles hinterfragen würden)?



Elisabeth Heiß
AUF Salzburg

Es wird so lange funktionieren, bis das System zusammenbricht, weil die Kollegenschaft es einfach nicht mehr durchhalten kann.

Spätestens wenn uns unter anderem das Thema Flüchtlingsproblematik über den Kopf wächst, wird der Staat Österreich etwas unternehmen müssen.

Leider wird es bis dahin zu spät sein. Wir haben lange gedrängt mehr Polizeischüler aufzunehmen! Vor allem weil in den nächsten Jahren die **Pensionsabgänge** massiv ansteigen werden.

Nicht nur das! Es werden auch immer mehr Kolleginnen in Karenz gehen.

Was ja auch gut und natürlich ist. Aber auch diese Kolleginnen werden auf den Dienststellen massiv fehlen. Dass die neuen Kollegen dann erst nach zwei Jahren aus der Schule kommen, wurde offensichtlich nicht berechnet.

Es ist zwar gut, dass wieder mehr Polizisten aufgenommen wurden, **doch das ist viel zu spät** und so werden wir mit dem Personalstand immer hinterher hinken.

Das wir zu wenig Geld hätten, darf nicht als Begründung geltend gemacht werden.

Unsere Arbeit sollte besser honoriert werden!



Plötzlich ist für das Bundesheer genug Geld für die Aufstockung und Ausrüstung vorhanden. Wollen sie unsere Arbeit eines Tages übernehmen?

Es bedarf endlich einer Lösung von Seiten der Politik. Es sollte unsere Arbeit auch **besser honoriert** werden. Ich möchte mich gerne wiederholen, auch wenn noch viele immer der Meinung sind, dass es uns gut geht.

Noch einmal: So lange die Kollegin/der Kollege gesund ist - geht es ihr/ihm gut. Ja, „ABER“: wenn jemand krank wird, fallen die ganzen Zulagen weg. Auch werden für die Pension die Zulagen nicht mitgerechnet - Ich möchte das einfach nur noch einmal gesagt haben, denn ich glaube, dass vielen Kolleginnen und Kollegen diese frappierende Tatsache noch immer nicht bewusst ist.

Warum nicht?

Weil uns noch immer die heile Welt vorgegaukelt wird.

Wann wird unser Berufsstand endlich genügend anerkannt? So wie es uns zusteht.

Warum gilt unsere zweijährige Ausbildung immer noch nicht als Vollwertig?

Warum ist es nicht möglich, die Zulagen in das Grundgehalt einzubinden, so dass die Kolleginnen und Kollegen ihre wohlverdiente Pension ausreichend genießen können, ohne jeden Cent umdrehen zu müssen, bevor sie das Geld ausgeben?

Warum ist es nicht möglich früher und ohne Abschläge in Pension gehen zu können?

Wir haben mehr als eine 40 Stunden-Woche – das ist mehr als die meisten Arbeitnehmer beschäftigt sind. Wenn man die Überstunden und Mehrdienstleistungen zusammen rechnet, würde ein Alter von über 70 Jahren heraus kommen. Laut dieser Berechnung dürften wir bereits mit 55 Jahren abschlagsfrei in Pension gehen.

Was ist mit den Nachtdiensten?

Warum bekommen wir für einen Nachtdienst nur eine Stunde frei?

Ich weiß aus sicherer Quelle, dass die Spitalsmitarbeiter in der Schweiz für einen Nachtdienst **einen ganzen Tag frei** bekommen. Die Begründung: „Der Nachtdienst ist gesundheits-schädigend“.

Da stellt sich mir die Frage erneut! Sind wir dem Staat nichts wert? Wir kämpfen gegen Windmühlen.

Aber wir können selbst etwas dazu beitragen, dass es uns etwas besser geht.

Was machst du in deiner spärlichen Freizeit? Gönnst du dir eine ausgiebi-

ge Wanderung durch die Natur in unserer wunderschönen Bergwelt? Einen Kulturtag mit deiner Familie? Stammtisch mit Freunden? Genieße jede Sekunde mit euren Liebsten.

Lebt bewusst und lasst es nicht zu, dass die Zeit davon rinnt und das Karussell, in dem man sich befindet, sich immer schneller im Kreis dreht.



Halte es an und besinn dich deinem inneren Ich. Ein Moment der Ruhe für 5 Minuten ohne Gedanken, Lärm oder Zeitdruck deine inneren Kräfte können zu dir zurückkehren.

Doch das alleine wird nicht ausreichen. Es dürfen die Entscheidungsträger endlich aktiv werden und handeln - für uns. Doch wann setzt sich in diesem steifen System etwas in Bewegung? Wann wird uns Gehör geschenkt? Hoffentlich bevor es zu spät ist!

Wenn alle Polizei-Gewerkschaften zusammen halten und sich endlich von der GÖD lösen würden, wäre eine Veränderung leichter durchzuführen.

Wann werdet ihr endlich wach, fragt sich

Eure Elisabeth





Die Kaliberbes
ist ein wesentl
Bestandteil, das
einen Waffenpas



Änkung
cher
polizisten
verhalten....





Sport- und Gymnastiktasche



Marke **COAL**
Material: Polyester
in rot, blau oder schwarz
ca. 44 x 34 cm
zwei weiße Doppelschnüre (Kordelzug)
zusätzliche Reißverschlusstasche
waschbar

Aktionspreis:
~~€ 9,90~~

€ 6,90



Geldscheinklammer „Batman“



Marke **COAL**
in matt-schwarzem oder
silber-glänzendem Metall
zusammenfaltbar
mit Magnetclip
ca. 6,3 x 3,7 cm
in schwarzer Geschenkbox
Versandkosten: € 3,20

Aktionspreis:
~~€ 15,90~~

€ 9,90

Einsatzfreude und Opferbereitschaft sind wohl mit die wichtigsten Voraussetzungen für den Polizeiberuf. Egal wie ungelegen, unbedeutend oder gefährlich ein Auftrag ist, wenn es heißt - FAHREN SIE - ist auf die Polizei Verlass!

Diese Tatsache wird aber nur allzu gerne als selbstverständlich erachtet und bleibt oftmals unbedankt. Die folgenden Zeilen spiegeln den Alltag der Polizistinnen und Polizisten dieses Landes wider und mögen dazu beitragen, dass EUCH die dafür zustehende Anerkennung zuteil wird.



*Du kommst gerade zum Dienst und die Leitstelle teilt mit, dass sich soeben ein Unfall mit mehreren Verletzten ereignet hat. Der Kaffee und das kurze Gespräch mit den Kollegen vom Nachtdienst ist gestrichen und es heißt – **fahren sie...***

*Du kommst um 14.00 Uhr völlig verschwitzt von einer Verkehrsregelung zurück. Doch bevor du dich frisch machen und endlich das Mittagessen wärmen kannst, kommt ein Bankalarm rein und es heißt – **fahren sie...***

*Nach fast 12 Stunden Dienst denkst du schon ans Nachhausegehen. Du freust dich aber zu früh auf einen gemütlichen Abend mit der Familie, denn über Funk kommt die Mitteilung, dass der betrunkene Ehemann durchdreht und der Auftrag lautet – **fahren sie...***

Als du dann endlich Dienstschluss machen willst, planst du bereits für den freien Tag morgen, deinen einzigen diese Woche, einen Ausflug. Da kommt der Chef zu dir, weil ein Kollege krank geworden ist und außer dir keiner einspringen kann. In diesem Moment fragst du dich kurz, warum, warum immer ich?

Doch du kennst die Antwort längst:

Kein Politiker, der sich nur in Sonntagsreden zu dir bekennt und ansonsten keinerlei Wertschätzung zeigt, fährt statt dir. Kein Journalist, der zuerst alle Details zu deiner Amtshandlung wissen möchte, um danach in einem Artikel über dich herzuziehen, fährt statt dir. Kein Experte, der nach eingehender und langwieriger Prüfung deiner Amtshandlung genau weiß, warum die Beschwerde gegen dein unverzüglich notwendiges Einschreiten, berechtigt ist, fährt statt dir. Kein Richter, der von dir erwartet, dass du jederzeit perfekt funktionierst und dich für den geringsten Fehler mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft, fährt statt dir.

*Also sagst du „okay Chef“ und es heißt auch morgen – **fahren sie...***



ANGRIFF AUF DEN RECHTSSTAAT



Bewegungen wie „Reichsbürger“, „One People's Public Trust“ (OPPT), „Souveräne“ oder „Freeman“ greifen den Rechtsstaat und auch die Exekutive rücksichtslos an!

Die Problemstellung

Anhänger und Vertreter solcher Bewegungen (bezeichnen wir sie kurz als Reichsbürger) anerkennen den Staat nicht und **lehnen deren Organe**, darunter auch Polizisten, ab.

Sie versuchen glaubhaft zu machen, dass der Staat lediglich eine „Firma“ sei, daher keine Hoheitsrechte ausüben dürfe und somit Staatsdiener auch unberechtigt handeln würden.

Die Republik Österreich wurde nach deren Ansicht durch den versäumten Einspruch gegen eine angebliche Zwangsvollstreckung **aufgelöst**.

Die Auswirkungen

Bereits im gesamten Bundesgebiet ist es zu Vorfällen und Aktionen gekommen, bei denen Behördenvertreter als nicht zuständig abgelehnt wurden.

Diese Reichsbürger erkennen die **Dienstausweise** von Polizisten nicht an, lehnen die Strafverfolgung durch

die Behörden ab, montieren sich selbst entworfene Kennzeichen auf ihre Fahrzeuge, halten „**eigene Gerichtsverfahren**“ ab, „**verurteilen**“ dabei Staatsbedienstete und suchen in der Art von Stellenausschreibungen über das Internet **eigene Sheriffs**, die ihre „Verurteilten“ festnehmen sollen.

Polizisten als Schuldner

Solche Reichsbürger nutzen **rechtliche Lücken**, um gegen die Organe des Staates vorzugehen.

So veranlassen sie oft nach einer Amtshandlung, dass der einschreitende Polizist im **Schuldnerregister** des

US-Bundesstaates Washington eingetragen wird.

Dann werden **Geldforderungen** gestellt, die über ein in Malta ansässiges Inkassounternehmen einzutreiben versucht werden.

Die Folge sind langwierige Amts- und Gerichtswege, obwohl die Forderungen rechtlich nicht haltbar sind.

Für einen Polizisten kann daraus eine reale Gefahr erwachsen: vor allem horrende Anwaltskosten für den Fall, dass man sich gerichtlich wehren muss.

Reichsbürger in Deutschland verlangen bereits bis zu **10 Millionen Dollar** von einzelnen Polizisten.

Wie hoch die Gefahr ist, die von solchen Aktivisten ausgeht, musste man in Bayern schmerzlich erfahren, wo ein Polizist von einem Reichsbürger erschossen wurde.



Warum schreiben wir über dieses Thema?

Unter den Kolleginnen und Kollegen herrscht große Verunsicherung, wie der Dienstgeber auf diese neuen Bedrohungen reagieren wird. **TRÄGE**, wie die derzeitige Regierung mit ihrer Politik, oder doch **RESOLUT** genug, um **Herr der Lage** zu bleiben oder in manchen Bereichen auch wieder Herr der Lage zu werden.

Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka hat zwar in einem Brief allen Mitarbeitern bundesweit empfohlen, sich als Betroffener an den Verfassungsschutz zu wenden, aber für uns ist das bei Weitem zu wenig.

Wir wollen nicht nur alleine Information, wir wollen **tatkräftige Unterstützung vom Dienstgeber**. Derzeit fühlen sich die KollegInnen noch mit dem - wachsenden - Problem allein gelassen.

Nachdem Polizisten attackiert werden, **nur** weil sie ihren Dienst ausüben, sind wir der Ansicht, dass der Staat seine Fürsorgepflicht für seine Bediensteten wahrnehmen muss.

Wenn der Eindruck entsteht, dass sich der Rechtsstaat nicht vollständig hinter seine Polizei stellt, fühlen sich diese Aktivisten ermuntert, weiterzumachen.



Welche Maßnahmen sollten gesetzt werden?

Eine erster hilfreicher Schritt wäre, wenn der Dienstgeber **anfallende**



Franz Hartlieb
Präsident der FEG

Anwaltskosten, die durch einen Rechtsstreit mit Reichsbürgern entstehen, in **voller** Höhe übernimmt.

Dies hat die AUF/FEG im Zentralausschuss bereits beantragt.

Nach unserer Ansicht ist der **Schutz** aller öffentlich Bediensteten vor Klagen und Forderungen von Reichsbürgern ganz klar **Aufgabe des Staates**.

Die FEG fordert ein **frühzeitiges, energisches Handeln** gegen Angriffe solcher Reichsbürger, weil jedes Zurückweichen sofort als **Schwäche** empfunden wird und dazu ermuntert, weitere Eskalationen zu suchen.

Weiters sollte der Dienstgeber **Verhaltensrichtlinien** bei Kontakt mit Personen, die solchen Bewegungen zugerechnet werden, entwickeln.

Die **deutsche Polizeigewerkschaft** hat sogar weitaus folgenschwerere Maßnahmen gefordert, wie z.B.:

- **ENTZUG** von **waffenrechtlichen Dokumenten** und mit der Verpflichtung, den Behörden unverzüglich alle Waffen auszuliefern



- **ENTZUG** des **Führerscheines** und Einzug (Beschlagnahme) von Fahrzeugen, die von Reichsbürgern im öffentlichen Verkehr verwendet werden. Wer von vornherein **staatliche Regeln** nicht zu befolgen beabsichtigt, ist als Fahrzeugführer im Straßenverkehr **ungeeignet**.



- **NULL TOLERANZ: Anklageerhebungen und konsequente Strafverfolgung** durch die Justizbehörden und Verurteilungen, die eine präventive Wirkung in diese Szene hinein entfalten.

Teilweise wird sogar der **Entzug der Staatsbürgerschaft** gefordert, weil Reichsbürger den Staat ohnehin als solchen nicht anerkennen.



Wir sind jedenfalls zuversichtlich, dass es entsprechende Maßnahmen geben wird, weil diesmal nicht nur Polizisten betroffen sind, sondern auch **Staatsanwälte, Richter, Rechtsanwälte** und vermutlich bald auch der eine oder andere **Politiker**, meint

Euer Fränz



DIE WELTPOLIZEI UND IHRE HILFSSHERIFFS

Nach westlichem Verständnis gibt es nur eine Supermacht, die auf der ganzen Welt derart erfolgreich Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verbreitet, wie die

Weltpolizei USA.

Da die Aufgabe sehr groß ist, braucht man dabei natürlich auch Unterstützung von

Hilfssheriffs, EU, NATO, UNO etc.

Denn gleichzeitig in Süd- und Mittelamerika, Nordafrika, Asien, Europa (Balkan, Ukraine, Baltikum, Weißrussland (kommt noch), Syrien, Afghanistan, Pakistan, Ostafrika, Arabischer Raum und noch vieles mehr die Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gegen die Achse des Bösen zu erhalten, zu fördern und wenn notwendig, herzustellen ist eben nicht einfach!

Dabei kann die USA natürlich auf reichlich Erfahrung aus ihrer, wenn auch kurzen, Geschichte zurückblicken.

Man erinnere sich, wie die neue Welt

entdeckt und besiedelt wurde. Bereits hier hat sich die „Goldgräber-Mentalität“ durchgesetzt und bewährt!

Wenn es irgendwo etwas gibt, was man brauchen kann oder haben will, geht man dorthin, steckt seinen Claim ab und nimmt es sich einfach!

Gibt es dabei Schwierigkeiten, fordert man die Kavallerie an. Die bereinigt die Situation dann schon – irgendwie!



Robert Rathhammer
Landesvorsitzender
AUF Niederösterreich

So wurden, wenn man den Geschichtsbüchern glauben kann, so ca. 100.000.000 Ureinwohner befriedet und die USA auf den Grundfesten der Verfassung von 1787 für die

Freiheit, Demokratie und Menschenrechte

gegründet!

Bis heute ist die Methode gleichgeblieben; nur die Mittel haben sich geändert.

Da diese Methode bzw. Moral nicht wirklich mit den von Gott gegebenen 10 Geboten vereinbar ist, ist es ratsam, sich auf den Passus der Bibel zu berufen, der da lautet: „Macht Euch die Welt untertan“, oder sich gleich auf eine passendere Religion zu verlegen!

Mit diesem Sendungsbewusstsein ausgestattet ist es auch erklärlich, warum die USA ihren Verbündeten hilfreich unter die Arme greift und die eigenen Interessen absichert.

Da nehme man nur einmal die Geißel des in hochzivilisierten Gesellschaften verbreiteten Bevölkerungsschwundes!

Das wäre ja durchaus zuträglich - wenn es gelingen würde - **Wohlstand und Reichtum über die Welt gerecht aufzuteilen** und so die Weltbevölkerung zu stabilisieren.

Nur da sind sich der Kapitalismus und der Sozialismus noch nicht so wirklich einig geworden!

Daher wird emsig an der Entwicklung gearbeitet. Nur wohin, scheint man noch nicht so genau zu wissen!

Evident ist aber der Wettbewerb auf allen Ebenen!

Und da wird schon lange nicht nur mehr mit militärischer Stärke gedroht! Auch oder gerade die „**Humane Masse**“ ist hier ein Potential, welches scheinbar das moralische Anrecht auf Ressourcen und Expansion rechtfertigt; Halford John Mackinder lässt grüßen!

Daher ist es nicht verwunderlich, wenn mit **Kampflesben, Frustrationsemanzen** und **Berufsschwuchteln** durchsetzte Gesellschaften kulturell bereichert werden müssen!

Denn für friedentiftende oder friederhaltende Maßnahmen lässt sich das Substrat der wohlstandsvertrottelten 68-er Generation wohl nicht gebrauchen!

In diesem Lichte gesehen, scheint es ja geradezu eine Bestätigung für die Richtigkeit der Kulturbereicherung zu sein, wenn die Schutzsuchenden hier bei uns ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen.

Die hohen europäischen politischen Führer, die nationalen Vasallen, die Medien und auch die Justiz dürften bereits erleuchtet sein!

Nur die ungläubige Bevölkerung ist noch nicht restlos überzeugt – daran ist konsequent zu arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir werden ja sehen wohin die Reise geht, bzw. wo uns unser nächster ehrlicher, nichtrauchender, heimatliebender und unabhängiger Bundespräsident führen wird.

Glück AUF

euer Robert RATHAMMER

**„In Zeiten wo Täuschung und Lüge allgegenwärtig sind, ist das Aussprechen der Wahrheit ein revolutionärer Akt“
(George ORWELL)**

P.S.: Das nächste Mal schreibe ich vielleicht über Eliten und deren Entstehung;-)

Quellen und Interessantes:

<https://www.youtube.com/watch?v=AMcBqVv-opA>

<http://www.gegenfrage.com/indianer/>

<http://www.zeit.de/1971/22/voelkermord-in-amerika>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Heartland-Theorie>



MENSCHEN(RECHTS)VERACHTEN

Aufgrund einer Klage von griechischen Ärzten beim Europäischen Gerichtshof musste sich dieser mit dem Thema Wochenarbeitszeit/Mindestruhezeiten beschäftigen.

Das Urteil des EuGH in dem Verfahren C-180/14 erging am 23.12.2015 und stellt klar, dass die Richtlinie über die Arbeitszeitgestaltung (RL 2003/ 88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 04.11.2003) ausnahmslos in allen Mitgliedsstaaten für alle Arbeitnehmer (auch im öffentlichen Dienst) gilt.

Somit wurde auch klargestellt, dass wöchentliche Arbeitszeiten von im Durchschnitt deutlich mehr als 48 Stunden nicht zu rechtfertigen sind.

Das Gericht betonte dabei extra, dass die Arbeitszeitrichtlinie die Mitgliedstaaten explizit verpflichtet, eine Höchstgrenze von 48 Stunden für die durchschnittliche Wochenarbeitszeit einschließlich Überstunden zu gewährleisten.

Konkret bedeutet dies, dass auch bei den österreichischen Polizistinnen und Polizisten eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden (inkl. Mehrdienstleistungen und Bereitschaftsdienste) im Durchschnitt "grundsätzlich" einzuhalten ist.

Darüber hinaus ist vor und pro 24-Stunden-Zeitraum eine Mindestruhezeit von 11 zusammenhängenden Stunden und pro 7-Tages-Zeitraum eine kontinuierliche Mindestruhezeit von 24 Stunden zuzüglich der täglichen Ruhezeit von 11 Stunden (35 Stunden) einzuhalten.

Ausnahmen für einzelne Berufsgruppen sind nach Art. 17 der Richtlinie nur erlaubt, wenn gleichwertige Ausgleichsruhezeiten vorgesehen werden (Gesundheitsschutz).

Die Ausgleichsruhezeiten müssen dabei prinzipiell in unmittelbarem Zusammenhang mit der verlängerten Arbeitszeit stehen, wie dies

auch aus der europäischen Grundrechtecharta im Sinne der Gesundheit aller Arbeitnehmer abzuleiten ist.



Die AUF/FEG hat bereits vor Jahren die sich nun abzeichnende Entwicklung mit einem dramatischen Anstieg psychischer Krankheiten vorhergesehen und in einem Musterverfahren die Ruhezeitenproblematik in Zusammenhang mit der Überstundenbelastung thematisiert.

Doch obwohl wir bereits vor knapp zwei Jahren vom Verwaltungsgerichtshof bestätigt wurden, ziehen sich die Verhandlungen zu einer diesbezüglichen Regelung noch immer hin und ist keine Lösung in Sicht.

Der Grund dafür liegt wohl auf der Hand und ist - wie unschwer zu erraten - in der tristen Personalsituation gelegen.

Dennoch ist unserer Meinung nach bei etwas gutem Willen eine zeitnahe Lösung möglich, die etwa in einer Optout-Regelung liegen könnte:



Jeder Mensch braucht einmal eine Pause und auch wir sind Menschen

E PERSONALPOLITIK?

Dem Dienstnehmer, dessen Höchst- arbeitszeiten bzw. Mindestruhezei- ten nicht eingehalten werden kön- nen, werden diese Stunden gut ge- schrieben (spätere Konsumation in Form von ZA), wenn ein unmittelba- rer Ausgleich aus wichtigen dienstli- chen Gründen nicht möglich ist!

Dieser erste Schritt zur Umsetzung einer europarechtskonformen Perso- nalpolitik ist aus unserer Sicht so rasch wie möglich zu setzen, denn die Uhr tickt.

Wir bleiben wie versprochen weiter dran und werden alles unternehmen, um einen gangbaren Kompromiss mit dem Dienstgeber zu erzielen.

Denn unserer Überzeugung nach ist es jetzt nicht mehr an der Zeit, weitere Verschlechterungen zu verhindern sondern höchste Zeit, endlich Verbesserung zu erreichen!

euer Robert Neuwirth



Robert Neuwirth
Vorstandsmitglied der
Freien Exekutiv Gewerkschaft



Aktuelle Entwicklungen in der Exekutive bestätigen die Dringlichkeit der Einhaltung arbeitszeitrechtlicher Bestimmungen, um ein regelrechtes Ausbrennen der Exekutive zu stoppen.



Warum lacht der Kollege, obwohl ihn ein Berg von Arbeit umringt? Es ist

- A) ein hilfloses Lachen aus Verzweiflung?
- B) ein Schutzmechanismus, um den Schock abzuwehren?
- C) ein Lachen, um versteckte Wut zu überspielen?

Diese Frage kann nur der betroffene Kollege beantworten: :gnüßl



Aluminium Geldbörse und Kartenetui



- ♦ Marke **COAL**
- ♦ Aluminium, ca. 10 x 6,5 x 2,8 cm, nur 78 g
- ♦ Schützt Kreditkarten vor Entmagnetisierung und illegalem Datendiebstahl (RFID Scanning) und äußeren Einflüssen, wie z.B. Spritzwasser, Sand, Schnee und mechanischer Belastung
- ♦ Zwei-Kammersystem für Münzen, Banknoten und alle handelsüblichen Karten wie Bankomat-, Kreditkarte, Dienstausweis, Führerschein etc.
- ♦ Extrafach für Belege oder Visitenkarten
- ♦ Münzfach
- ♦ Versandkosten: € 3,20
- ♦ **SONDERPREIS FÜR DIE POLIZEI**

Aktionspreis:

~~€ 19,90~~

€ 9,90

Pfefferspray—SONDERAKTION



Gleiches Spray wie das der Polizei, 50 ml, Marke MK-3

Sprühdauer 8 Sekunden (bisher 5 Sek.)

Sprühstrahl 6 m (bisher 5 m)

4 Jahre Garantie (beim alten waren es 2 Jahre)

Normalpreis des MK-3 im Handel zwischen 20,-- und 38,-- Euro
sofort lieferbar

**Preis
auf Anfrage**

Taschen- und Personenalarm



Taschenalarm, Personenalarm, Panikalarm, Diebstahlsalarm, z.B. zur Sicherung von Handtaschen, Koffern, Fahrrädern, Motorradhelmen etc.

Im Notfall einfach den Stift mit der Handschlaufe ziehen und es ertönt ein Sofortalarm mit bis zu 120 Dezibel. Angreifer werden abgeschreckt und andere Personen auf dich aufmerksam gemacht.

Schütze Deine Familie

Besonderheiten und technische Daten:

- ♦ Löst durch Ziehen der Handschlaufe einen Alarm aus
- ♦ Alarm abstellen - Stift wieder hineinstecken
- ♦ Alarm-Lautstärke bis zu 120 db
- ♦ ca. 50 x 50 x 20 mm, Gewicht: 23 g
- ♦ Stromversorgung: 3 Knopfzellen AG13 (inkludiert)
- ♦ in den Farben rot, weiß oder grün
- ♦ Lieferung mit Handschlaufe, Karabinerhaken und Batterien

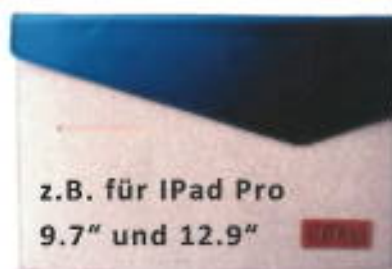
Sonderpreis:

€ 6,--

Tablet- und Notebooktasche



für alle Tablet-PCs
mit 10" und 13"



z.B. für iPad Pro
9.7" und 12.9"

10 Zoll
€ 34,90

Marke COAL
echter Kork

13 Zoll
€ 44,90

portugiesische Eiche
in braun oder schwarz
Belastung maximal 15 Kg
Fronttasche für diverse Karten

nicht sichtbarer Verschluss mit 4 starken Magneten
wasserdicht, feuchtigkeitsbeständig, antistatisch, kein Abplättern
edles Design, handgemacht, perfekte Verarbeitung, beste Qualität

"Die eierlegende Wollmilchsau" oder "Die eigene Personalwahrheit des BMI"

Ich frage mich immer öfter, welche Aufgaben die Kollegenschaft noch übernehmen soll. Bei scheinbar jeder, medial günstigen, Gelegenheit werden neue Ideen geboren, um den Polizeiapparat **effektiver, effizienter, moderner und bürgernäher** zu gestalten.

Grundsätzlich sind ja „fast“ alle diese Überlegungen zu begrüßen, gebe es da nicht einen **massiven Personal-mangel** in Verbindung mit einer un-mittelbar auf uns zurollenden Pensionierungswelle.

Anmerken möchte ich auch den Umstand, dass es nach wie vor keinerlei Maßnahmen gibt, um Fehlstände aus **Karenz, Teilzeit, Sabbatical oder sonstigen Freistellungen** auszugleichen.

Umso mehr überraschte mich ein Antwortschreiben des BMI zu einem Antrag des ZA zur Schaffung eines Karenzpools, worin angeführt wird, dass sich derzeit 1800 Exekutivbedienstete in einem solchen Pool befinden?!?!?

Trotz mehrerer Nachfragen konnte mir keiner die Frage beantworten, wo sich diese Beamten befinden sollen?!?! Vielleicht in Karenz? Werden da die Polizeischüler zusammengezählt?

Ich – und auch viele Andere – wissen es nicht und bitten um Hinweise!



Die Exekutive der heutigen Zeit muss alles können und ist für alles zuständig – jedoch mit welcher Personalstärke?

Einsatzeinheit, Einsatztrainer, Brandermittler, Sicherheitsvertrauensperson, Schwerverkehrsbeamte, Verkehrserzieher, Kinderpolizisten,

Strahlenspürer, SKO-Beamte, KOB-Beamte, UKO-Beamte, Präventionsbeamte, IT-Ermittler, Personalvertreter, Sportkoordinatoren, Community-Polizisten, Zuteilungen zu diversen Sondereinheiten, Freistellungen für politische Tätigkeiten, Leistungssportler, Polizeimusik, Alpinpolizisten, AGM-Einsätze, Tageszuteilungen zur Grenzsicherung, sonstige Zuteilungen, zukünftig ODP-Beamte ...

Diese ganzen Tätigkeiten nehmen Dienstzeit in Anspruch und werden von der „Basis“ geleistet. Zusätzlich zur **Alltagsarbeit** (Schulwegsicherung, Verkehrskontrollen, Kleinkriminalität, Ersterhebungen in allen Fällen, Alarmauslösungen, Familienstreitigkeiten, diverse Vernehmungen, Verkehrsunfälle, Erhebungen für Behörden, Vorführungen, UbG-

Abfallwirtschaftsgesetz, Abgabenekektionsordnung, Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch, Anti Doping Gesetz, Arbeitsinspektionsgesetz, Artenhandelsgesetz, Arzneimittelgesetz, Asylgesetz, Ausländerbeschäftigungsgesetz, Außenstreitgesetz, Bankwesengesetz, Beschussgesetz, Biozid-Produkte-Gesetz, Börsengesetz, Bundesgesetz für den Schutz der Tiere, Bundesluftreinhaltegesetz, Chemikaliengesetz, Containersicherheitsgesetz, Denkmalschutzgesetz, Devisengesetz, Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen, Energielenkungs-gesetz, Epidemiengesetz, Exekutionsordnung, Finanzmarktaufsichtsbehörden-gesetz, Finanzstrafgesetz, Forstgesetz, Fremdenpolizeigesetz, Führerschein-gesetz, Futtermittelgesetz, Gewerbeordnung, Glücksspielgesetz, Grenzkontrollgesetz, Grundversorgungsgesetz – Bund, Güterbeförderungsgesetz, Immissionsschutzgesetz – Luftinformationssicherheitsgesetz, Jugendwohlfahrtsgesetz, Kraftfahrzeuggesetz, Luftfahrtgesetz, Luftfahrtsicherheitsgesetz, Markenschutzgesetz, Mediengesetz, Meldegesetz, Militärstrafgesetz, Missbrauch von Notzeichen, Nahversorgungsgesetz, Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, Ozongesetz, Passgesetz, Personenstandsgesetz, Pflanzenschutzgesetz, Pflanzenschutzmittelgesetz, Pornographiegesetz, Pünktlichkeitsgesetz, Pyrotechnikgesetz, Rezeptpflichtgesetz, Schieß- und Sprengmittelgesetz, Sicherheitspolizeigesetz, Strafgesetzbuch, Strafprozessordnung, Strafvollzugsgesetz, Strahlenschutzgesetz, Straßenverkehrsordnung, Suchtmittelgesetz, Telekommunikationsgesetz, Tierschutzgesetz, Tierseuchengesetz, Unfalluntersuchungsgesetz, Unterbringungsgesetz, Verbotsgesetz, Verkehrs-Arbeitsinspektionsgesetz, Versammlungsgesetz, Verwaltungsstrafgesetz, Waffengebrauchsgesetz, Waffengesetz, Wehr-gesetz, Wein-gesetz, Zollrechts-Durchführungsgesetz

Amtshandlungen, der entlaufende Hund, Überprüfung von verdächtigen Wahrnehmungen, Lärmerregungen, Fremdenkontrollen, Schwerpunktaktionen, etc., etc. – eben Polizeialltag).

Nur so zur Übersicht enthalten folgende Bundesgesetze Mitwirkungsverpflichtungen:



Es wird wohl niemand abstreiten, dass der **Arbeitsaufwand** im hier beschriebenen Polizeialtag in den letzten Jahren **massiv angestiegen** ist. In diesem Zusammenhang habe ich natürlich nicht auf die **zusätzliche Belastung** durch den **Flüchtlingsstrom** vergessen.

Aufgriffe von Flüchtlingen, Fremdenkontrollen, Erstbefragungen, erkennungsdienstliche Behandlungen, Bescheidzustellungen, Abschiebungen, Verbindungsbeamte in Asylquartieren, und und und ...

Wieder Tätigkeiten, die im Rahmen des **Regeldienstes** abzuarbeiten sind. Kein Wunder, dass die Überstundenkontingente erschöpft bzw. in vielen Organisationseinheiten längst überschritten sind.

Zahlreiche Dienststellen haben kein Personal mehr, um den Regeldienst aufrecht zu erhalten. Nachbardienststellen übernehmen Dienste oder die sogenannte **Mindestbesetzung** wird tatsächlich auf einen Beamten reduziert, was aus Gründen der Eigensicherung, in der heutigen Zeit, in meinen Augen alles andere als effektiv, effizient und modern ist!



Irene Eisenhut
AUF Niederösterreich

An dieser Stelle werden sich die Befürworter von Großdienststellen (mind. 10-15 Beamte) bestätigt sehen. Alle kleinen Dienststellen müssen geschlossen werden!

Doch ich ersuche diese, dabei zwischen urbanen und ländlichen Strukturen zu unterscheiden.

Leidtragende bei Schließungen von kleinen Dienststellen sind letztlich die Bürger, da sich Anfahrtszeiten in logischer Konsequenz verlängern. Ist man z.B. bei häuslicher Gewalt im

weniger dicht besiedelten Gebieten Bürger 2. Klasse? Bei Einbrüchen am Land – bitte warten, sie werden sofort nach Freiwerden einer Streife bedient!

Geht es tatsächlich um ein mehr an Qualität der Arbeit auf größeren Dienststellen, oder doch nur um Kostenminimierung? **Kann sich der Staat die Sicherheit in seinem Land nicht mehr leisten?**



Nur die Zusammenfassung von Planstellen auf größere Einheiten kann nicht die Lösung sein. Mit medialen Ankündigungen, die bei genauerer Betrachtung wie eine Seifenblase platzen, ist auch niemandem geholfen.

Für Interessierte zum Nachlesen:

<http://derstandard.at/1304552207833/Oesterreich-300-Internet-Polizisten-gegen-Cyberkriminelle>

<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/678335/Fremdenpolizei-neu-soll-2400-Beamte-umfassen>

<http://www.auf.at/auf/aktuelles/detail/news/fpoeauf-darmann-und-herbert/>

WIR BENÖTIGEN DRINGENST WESENTLICH MEHR PLANSTELLEN sowie eine PLANSTELLENWAHRHEIT!!!

Damit meine ich: nicht der Kopf pro Planstelle zählt (schon gar nicht, wenn er gar nicht da ist) **SONDERN DIE ANZAHL DER STUNDEN**, die ein Beamter zur Verfügung steht.

1 Planstelle = 40 Stunden pro Woche

Eigentlich müsste man ja sagen **47 Stunden** (40 Planstunden + 7 Journdienststunden), wobei das Thema Journdienste wieder ein eigenes wäre und ich diese somit nicht berücksichtige.

Sonderverwendungen müssten zeitlich berücksichtigt werden. Nur so ist zu gewährleisten, dass die Kollegenschaft nicht Opfer einer völligen Überforderung und gesundheitlicher Ausbeutung werden. **Der Wechseldienst an sich ist grundsätzlich gesundheitsschädlich genug**, siehe:

(<http://www.eufic.org/article/de/artid/Schichtarbeit-Auswirkungen-auf-Gesundheit-und-Ernaehrung/>)

Wechseldienst in Verbindung mit psychisch belastenden Einsätzen, geringer Wertschätzung für die geleistete Arbeit, Verunsicherung durch zahlreiche Vorschriften, Befehle, Erlasse, etc. („zur nachweislichen Kenntnisnahme“ – sollte was passieren, nach dem Motto: wir haben's euch eh gesagt), zunehmend „sinnlose“ Tätigkeiten (Stichwort: Selbstverwaltung, nicht nachvollziehbare Entscheidungsfindungen der Justiz), Mehrbelastung durch Mehrdienstleistungen und eine Bezahlung, die man umgerechnet auf einen Stundenlohn nicht zwingend als Top-Job bezeichnen kann, tragen das Ihre dazu bei.

Kritik wird als „Suderei“ abgetan, wir sollten doch schließlich alle froh sein einen sicheren Arbeitsplatz zu haben.

weiter auf der nächsten Seite

Für mich ist es nicht verwunderlich, dass die Motivation vieler Kollegen im Keller ist und sie ihr Arbeitspensum auf das Nötigste herunterfahren.

Einerseits sehe ich es als Selbstschutz, um sich gesundheitlich nicht völlig zu ruinieren, andererseits gibt es für ein solches Verhalten einen treffenden Spruch:

„Das Leben ist ein Geben und ein Nehmen“

Im Exekutivbereich wird von der Kollegenschaft derzeit ausschließlich **genommen**! Logische Konsequenz - dann wird auch nicht mehr so viel gegeben.

Schon, für Außenstehende, eigentlich selbstverständliche Forderungen wie:

- Eine persönlich zugewiesene **Schutzausrüstung** (die unendliche Geschichte, Status quo: „wir haben eine Arbeitsgruppe, es gibt einen Testbetrieb“)

- **Finanzielle Anpassung von Zulagen** (z.B. Aufwandsentschädigung seit über 40 Jahren nicht erhöht!!)

- **Forderung nach einem EDG** (Exekutivdienstgesetz) mit höherem Grundgehalt (Implementierung aller fixen Zulagen in das Grundgehalt)

- **Einrichtung eines Karenzpools**

- **Und DRINGEND MEHR PERSONAL** für die immer mehr werdenden Aufgaben

finden nur bedingt Gehör und hängen letztendlich an der Entscheidung der Politik.

Dazu finde ich es höchst interessant sich das **Abstimmungsverhalten** zu den verschiedensten Anträgen unter www.parlament.at anzusehen.

Für mich persönlich bleibt folgender Gesamteindruck:

Die Politik **will** oder **kann** sich das erforderliche Personal zur Aufrecht-

erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit nicht leisten.

Solange die „**eierlegende Wollmilchsau**“ funktioniert und sich in den Medien als moderner, effizienter und bürgernaher Polizeiapparat verkaufen lässt, ist die Welt in Ordnung.

Gesundheit, Familie und Freizeit = Exekutivbedienstete als Menschen können den Entscheidungsträgern nur egal sein, sonst hätte man längst mit mehr Planstellen entgegen-gesteuert.

Gebt AUF euch acht,

eure Irene

Die nächsten 100 neuen Mitglieder erhalten als Willkommensgeschenk ein Kreditkartenmesser: ultraflach, super leicht und handlich, viele Verwendungsmöglichkeiten.

Und natürlich die Mitgliedskarte mit den Vorteilen der Etoxx-Shopping Card.

Infos unter: feg@feg.at oder auf-feg@gmx.at



Urlaubersatzleistung: AUF/FEG setzt sich durch!

Dank unserer Beharrlichkeit konnten wir den Bundesgesetzgeber jetzt von der neuerlichen Notwendigkeit der Anpassung der **Urlaubersatzleistung** (§ 13e GehG) an europarechtliche Erfordernisse überzeugen.

Somit gebührt diese Ersatzleistung gemäß der im Zuge der 2. Dienstrechtsnovelle 2016 vorgesehenen Änderungen auch dann, wenn man etwa als Schwerarbeiter vor 65 in Pension geht und vorher seinen Urlaub **unverschuldet** nicht verbrauchen konnte (Krankheit oder Ähnliches mehr).

Wir freuen uns über diese späte Einsicht, da wir ja schon bei der letzten Novelle diese Änderung eingefordert hatten.

Siehe dazu rechts unseren Beitrag vom Juli dieses Jahres:

<http://www.auf-polizei-ooe.at/allgemein/eugh-bestaetigt-rechtsmeinung-der-auffeg/>

Damit haben wir eine nicht unbedeutende Verbesserung erstritten, die laut einer wirkungsorientierten Folgekostenabschätzung für die Betroffenen merklich zu Buche schlagen wird (siehe Faksimile unten)

Euer Robert Neuwirth

Gepostet Von AUF OÖE FA 2 am 21. 07. 2016



Der EUGH stellt klar: Urlaubersatzleistung steht nicht nur bei krankheitsbedingter Pensionierung zu!

Die Rechtsansicht der AUF/FEG, auf die wir erst vor wenigen Wochen im Rahmen der Dienstrechtsnovelle hingewiesen hatten, war also wieder einmal richtig und muss § 13e GehG nun entsprechend unserer Stellungnahme geändert werden (siehe dazu unseren Beitrag vom 30. Mai: **AUF/FEG Forderung zur Dienstrechtsnovelle 2016**)

Zur Sache:

Am 20.07.2016 hat der europäische Gerichtshof zu AZ C-341/15 in einer Vorabentscheidung unsere Rechtsmeinung nun bestätigt, dass einem öffentlich Bediensteten in Österreich auch dann eine Ersatzleistung für seinen nicht genommenen Jahresurlaub gebührt, wenn er auf eigenen Wunsch (nicht nur krankheitsbedingt) sein aktives Dienstverhältnis vor dem gesetzlichen Pensionsalter (65) beendet. Ausschlaggebend für den Anspruch auf diese Ersatzleistung ist nur, dass der Betroffene nicht in der Lage war, seinen Urlaub zu konsumieren (Krankenstand, Arbeitsunfall etc.). Konkret bedeutet das beispielsweise, dass etwa bei Inanspruchnahme der Schwerarbeiterregelung unverbrauchter Erholungsurlaub (im Ausmaß des europarechtlich zustehenden Mindesturlaubs von 4 Wochen) ebenfalls auszuzahlen ist, wenn der Urlaub nicht mehr verbraucht werden konnte.

Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und andere öffentliche Haushalte:

Die aus unionsrechtlicher Sicht erforderlichen Anpassungen bei der Bemessung der Urlaubersatzleistung werden voraussichtlich Mehraufwendungen im Ausmaß von € 132.000 jährlich verursachen. Zusätzlich ist mit Nachforderungen von bis zu € 396.000 für den Verjährungszeitraum zu rechnen.

Finanzierungshaushalt für die ersten fünf Jahre

in Tsd. €	2016	2017	2018	2019	2020
Nettofinanzierung Bund	-396	-272	-275	-278	-281

In den weiteren Wirkungsdimensionen gemäß § 17 Abs. 1 BHG 2013 treten keine wesentlichen Auswirkungen auf.



TAGEBUCH EINES POLIZISTEN

07.00 h: Der Chef jammert uns was vor, weil er Druck von oben hat, nachdem die Strafgeister zurückgegangen sind.

07.30 h: Ich fahr mit der neuen Kollegin - sie ist nach dreijähriger Karenz jetzt auf Teilzeit bei uns - zu einer Vorführung. Nachdem die Partei beim Strafsamt versichert hat, dass er nächste Woche bezahlt, bringen wir ihn wieder nach Hause.

08.20 h: Wieder auf der Dienststelle teilt mir der Chef mit, dass es eine Beschwerde gegen mich gibt. Ich hätte bei einer Streitschlichtung letzte Woche eine Nötigung nicht aufgenommen. Bei der Einvernahme dazu wird mir erklärt, dass alles aufgenommen werden muss, auch wenn der Anzeiger noch so besoffen ist und nachher alles zurückziehen möchte. Es wird überprüft, ob ich einen Amtsmissbrauch begangen habe.

09.40 h: Die Rettung zeigt einen Verkehrsunfall mit einer Verletzten an. Vor Ort schreit eine hysterische Frau einen alten Mann mit Hut an und greift sich immer wieder auf den Kopf. Die Frau versteh ich nicht, da sie nur türkisch spricht. Der alte Mann versteht mich nicht, weil er schwerhörig ist. Wir nehmen die Daten auf und protokollieren das Ganze als Gerichtsanzeige. Das versteht jetzt meine Kollegin nicht, ich ehrlich gesagt auch nicht.

11.15 h: Wir stellen uns wie befohlen

zum Lasern auf. Da ziemlich viel Verkehr ist und alle mit der Lichthupe gewarnt werden geht gar nichts. Die Kollegin stellt dann doch noch einen Strafzettel aus, weil ein ziemlich beliebter Geschäftsmann nicht angegurtet ist. Er erklärt uns, dass wir von seinen Steuern leben und feige Wegelagerer sind.

12.30 h: Während des Mittagessens kommt ein Anruf vom Krankenhaus, dass eine 83-jährige Frau die Krankenschwester geohrfeigt hat. Wir bringen die demenzkranke Frau in ein anderes Krankenhaus, wo ihr genauso wenig geholfen werden kann.

14.45 h: Beim Kaffee kommt ein Lehrer zur Dienststelle. Er hat schon frei und wollte sich auf der BH einen neuen Führerschein holen. Ich bestätige ihm schriftlich, dass er den alten verloren hat. Auf der Behörde dürfen sie das nicht, dass wäre das Ende vom Rechtsstaat, hat mir mal einer erklärt.

15.20 h: Ein Betrunkener liegt reglos auf dem Gehsteig. Die Rettung vermutet irgendetwas. Was genau, wissen sie auch nicht. Als wir eintreffen, geht der inzwischen erwachte Betrunkene auf die Kollegin zu und betatscht sie zum Gaudium der Passanten. Ich packe ihn von hinten und werde vom Sanitäter gerügt, nicht so grob zu sein. Ich vermute daher, dass wir nicht mehr benötigt werden und fahre mit der Kollegin weiter.

16.10 h: Der Chef beordert mich zur Dienststelle und teilt mir mit, dass

sich die Rettung über mich beklagt hat. Ich solle mich zusammen reißen, weil es so nicht weitergehen kann. Ich pflichte ihm bei.

17.00 h: Während ich den Dienstbericht schreibe, stürzt das Programm ab. Ich überlege kurz, den Computer aus dem Fenster zu werfen. Bevor ich mich dazu entschließen kann, werden wir zu einem Ladendiebstahl geschickt. Ein mittelloser EU-Bürger aus Rumänien hatte Hunger verspürt. Da er weiß, dass er im Gegensatz zu seiner Heimat bei uns nichts zu befürchten hat, lässt er das anschließende Prozedere geduldig über sich ergehen.

18.15 h: Dieses Mal stürzt der Computer nicht ab und ich kann alles eintragen. Nur mit dem Ausdrucken klappt es nicht, weil bei unserem Stockwerkdrucker niemand mehr den Toner wechselt.

18.45 h: Nachdem ich alles erledigt habe, fragt mich die Kollegin, warum ich immer so grantig bin. Ich teile ihr mit, dass sich bei mir wohl bald etwas ändern muss. Sie meint darauf, dass ich mir in meiner Freizeit zum Ausgleich eine sinnvolle Beschäftigung - sie macht Yoga - suchen soll.

19.00 h: Die Kollegin geht nach Hause und ich trete den Nachtdienst an, weil einer ausgefallen ist. Mein dritter Zusatznachtdienst in diesem Monat. Vielleicht sollte ich ja wirklich Yoga machen, wer weiß?

Name der Redaktion bekannt

Frohe Weihnachten
und ein erfolgreiches, gesundes

2017

wünschen Dir die
Personalvertreter der



Die Personalvertreter der AUF/FEG bemühen sich immer wieder, als Serviceleistung für alle Kolleginnen und Kollegen Artikel anzubieten, die **wesentlich günstiger** sind als im normalen Handel, oder die es sonst **nirgends zu kaufen** gibt.

Nachdem nicht jeder Personalvertreter alle Artikel lagern kann, sendet eure Bestellung bitte an

auf-feg@gmx.at

Die Versandkosten betragen pauschal € 1,80 (unabhängig von der Bestellmenge). Bei diversen Sonderartikeln sind die Versandkosten eventuell höher und daher eigens ausgewiesen. Wir bitten um Verständnis, dass einzelne Artikel in der Stückzahl begrenzt sind.

Sämtliche SHOP-Artikel sind auf unserer Homepage www.feg.at zu finden!



Handfesselschlüssel

aus Carbon Fiber, 9,2 cm, nur 10 g, ideal für die Hemd- oder Jackentasche

€ 7,--



Erkennungsmarke

Edelstahl, schwarz, mit Logo "Polizeipatch", ca. 50x30x1,5 mm, inkl. lange Kugelschleife (70 cm),

Einmaliger Sonderverkauf nur an PolizistInnen und Bedienstete des BMI

€ 7,--



Karabiner (Sonderpreis -50%)

Polymer-Kunststoff, schwarz, leichtgewichtig, hochbelastbar bis 90 Kg (jedoch keine Verwendung zur Sicherung oder Bergung von Menschen), Größe: 8,5 x 5,6 x 0,7 cm, kann auf den Funktions-/Einsatzgürtel aufgeschoben werden, Preis am Markt zwischen € 3,-- und € 6,--

€ 1,5



Etui

für Zulassungsschein, Führerschein, Kreditkarte und diverse andere Karten, aus Kunststoff, unverwechselbares Design mit Logos auf beiden Seiten, 2 Einsteckfächer, geschlossen ca. 10,5 x 7,2 cm

€ 2,--